

Der Nationalstreik in Kolumbien - das Portrait einer sozio-politischen Krise

Von Daniela Forero Nuñez und Mara Braun

16.05.2021

Nach mehr als zwei Wochen andauernden Protesten befindet sich Kolumbien in einem der angespanntesten politischen, sozialen und wirtschaftlichen Momente in seiner Geschichte des 21. Jahrhunderts. Es gibt mehrere Gründe, die dazu geführt haben, dass Tausende von Demonstrierenden inmitten eines dritten Höhepunkts der Pandemie auf die Straße gegangen sind. Diese sind jedoch auf jahrzehntealte strukturelle Probleme zurückzuführen und werden durch den aktuellen Kontext des Landes noch verschärft. Ebenso gibt es viele Begebenheiten, die diese Situation begleiten. Diese gehen über die politische Positionierung hinaus, gehen aber auch Hand in Hand mit Elementen wie Rasse, soziale Klasse und ethnische Zugehörigkeit, die seit Jahren die kolumbianische Gesellschaft segmentieren.

Ein von historischen Ungleichheiten geprägtes Land

Historisch gesehen ist die kolumbianische Gesellschaft so stark gespalten, dass sie die Liste der lateinamerikanischen Länder und der ganzen Welt mit den größten wirtschaftlichen Ungleichheiten anführt. Da der Gini-Koeffizient die Ungleichheit in der Einkommensverteilung misst, kann bestätigt werden, dass Kolumbien seit 2017 jedes Jahr ein höheres Maß an wirtschaftlicher Ungleichheit aufweist. Nach Angaben des Nationalen Verwaltungsamtes für Statistik (DANE) stieg der Koeffizient von 0,508 im Jahr 2017 auf 0,544 im Jahr 2020. Es ist wichtig zu verdeutlichen, dass 0 für die totale Gleichheit steht, während 1 für die totale Ungleichheit steht.¹ Ebenso stieg die Arbeitslosenquote in den 13 Städten und Ballungsräumen um 3,4 Prozentpunkte gegenüber 2020.² Im Jahr 2020 stieg die finanzielle Armutsrate auf nationaler Ebene um 6,8%, was bedeutet, dass 42,5% der Kolumbianer in extremer oder mittlerer Armut leben. Ein weiterer Prozentsatz befindet sich in einem Zustand der Gefährdung und könnte in die Armut fallen.³ Die Pandemie hat also eine Reihe von sozioökonomischen Ungleichheiten verschärft, die schon seit Jahrzehnten bestehen. Kolumbien ist nicht nur ein historisch ungleiches Land, sondern auch ein Land, das in allen Bereichen zentralisiert ist. Politisch, wirtschaftlich und sozial ist der Staat im Hauptstadtdistrikt und in einigen der größten Städte des Landes präsent, während er in den abgelegensten ländlichen Gebieten durch Abwesenheit glänzt.

Die staatliche Vernachlässigung ist in gewisser Weise eine der Ursachen für das sozioökonomische Gefälle zwischen Land und Stadt, dient aber gleichzeitig als eine der Erklärungen für die tiefe Unzufriedenheit der Landbevölkerung, die oft gezwungen ist, in die großen urbanen Zentren zu ziehen, um der Prekarität zu entkommen. Im Jahr 2019 hatten nur 76,6 % der kolumbianischen Bevölkerung Zugang zur Kanalisation, 66,8 % hatten Zugang zu Erdgas, das an das öffentliche Netz angeschlossen ist, und nur 43,4 % hatten Zugang zum Internet.⁴ In Bezug auf den Zugang zu Bildung gibt das DANE an, dass im Jahr 2019 nur 8,7 % der erwerbstätigen Bevölkerung über eine

¹ DANE (2021): Pobreza Monetaria en Colombia. Resultados 2020. Abril 29 de 2021. URL: https://www.dane.gov.co/files/investigaciones/condiciones_vida/pobreza/2020/Presentacion-pobreza-monetaria_2020.pdf (15.05.2021).

² DANE (2021): Empleo y Desarrollo. Información marzo 2021. URL <https://www.dane.gov.co/index.php/estadisticas-por-tema/mercado-laboral/empleo-y-desempleo> (15.05.2021).

³ DANE (2021): Pobreza monetaria y pobreza monetaria extrema. URL: <https://www.dane.gov.co/index.php/estadisticas-por-tema/pobreza-y-condiciones-de-vida/pobreza-y-desigualdad> (15.05.2021).

⁴ DANE (2021): ¿Cómo vivimos? URL: <https://www.dane.gov.co/index.php/estadisticas-por-tema/demografia-y-poblacion/censo-nacional-de-poblacion-y-vivenda-2018/como-vivimos> (15.05.2021).

Hochschulausbildung verfügten und nur 35 % über eine höhere Schulbildung.⁵ Diese Bedingungen der strukturellen Ungleichheit haben Tausende von Kolumbianern dazu gebracht, auf die Straße zu gehen. Obwohl der nationale Streik ursprünglich vom Nationalen Streikkomitee ausgerufen wurde, gibt es mehrere Kollektive und damit mehrere Interessensgruppen, die die soziale Mobilisierung vorantreiben.

Sozialer Dialog: Konsens inmitten eines polarisierten Kontextes

Die politische Polarisierung in Kolumbien ist ein weiterer Aspekt, der in der Partizipationskultur des Landes verwurzelt ist. Was als politische Konfrontation zwischen Liberalen und Konservativen begann, die im 20. Jahrhundert zu einer Ära führte, die als *La Violencia* bekannt wurde, hat sich in den folgenden Jahrzehnten weiterentwickelt. Dennoch haben sich Trends wie die politische Zersplitterung und der ausgrenzende Charakter des kolumbianischen politischen Systems durchgesetzt und in den letzten Jahrzehnten neue politische und ideologische Spannungen erzeugt. Hinzu kommen ein hohes Maß an Korruption und die Vereinnahmung von Staatsbediensteten. Im Jahr 2020 bewertete Transparency International das lateinamerikanische Land mit 39/100, wobei 0 die höchste Korruptionsstufe darstellt.⁶ Obwohl die Kooptation von Kontrollorganen seit Jahrzehnten auch in anderen Regierungen vorkommt, steht der derzeitige Präsident im Mittelpunkt der nationalen und internationalen Kritik, weil er das System der "checks and balances" durchbricht und ihm und der Regierung nahestehende Personen in wichtige Positionen wie den Generalstaatsanwalt, den Generalstaatsanwalt und den Bürger*innenbeauftragten wählt.⁷ Obwohl es verfassungsmäßig mehrere Instanzen gibt, die die Regierungsausübung kontrollieren und die Interessen und Rechte der Zivilbevölkerung schützen sollen (z.B. das Amt des Ombudsmanns), ist es die Bevölkerung - meist aus den untersten Schichten -, die derzeit ein Gegengewicht zum gesamten politischen System bildet und massenhaft auf die Straße geht.

Im Kontext der Proteste vermischt sich der ideologische Kampf mit sozioökonomischen Ungleichheiten, u.a. in Bezug auf Einkommen, Zugang zu erstklassigen öffentlichen Dienstleistungen und Bildung, von denen historisch marginalisierte Gemeinschaften wie Afrokolumbianer, Indigene und Bauern überproportional betroffen sind. Politische Differenzen werden im aktuellen Szenario verschärft und geben den Weg frei für zwei verschiedene Darstellungen der aktuellen Situation (obwohl es viele weitere gibt), die sich gegenseitig bekämpfen und delegitimieren. Einerseits wird ein Diskurs des Widerstands generiert, der von der Jugend vorangetrieben und von anderen gesellschaftlichen Bereichen begleitet wird. Im Mittelpunkt steht dabei die Forderung nach einer inklusiven Politik, wie z.B. die Einführung eines Grundeinkommens von mindestens einem gesetzlichen Mindestlohn pro Monat, null Studiengebühren für die untersten Schichten, um das Recht auf Bildung zu demokratisieren, und strukturelle Reformen, wie z.B. die lang ersehnte Reform der Polizei.⁸ In gleicher Weise prangert diese Darstellung Polizeigewalt, den Missbrauch von Gewalt sowie die Mitverantwortung der Regierung für die mindestens 40 Toten, 313 Verletzten, 1003 willkürlich Festgenommenen und 28 Opfer mit Augenverletzungen durch die Hände der Sicherheitskräfte an.⁹

In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu erwähnen, dass die vielen Beschwerden und Forderungen vor allem über die sozialen Netzwerke und das "Mund zu Mund" kanalisiert wurden. Das Ausmaß der Übergriffe ist so groß, dass sich die internationale Gemeinschaft und verschiedene

⁵ DANE (2021): Fuerza laboral y educación. URL: <https://www.dane.gov.co/index.php/estadisticas-por-tema/educacion/fuerza-laboral-y-educacion> (15.05.2021).

⁶ Transparency International (2021). Corruption Perceptions Index. URL: <https://www.transparency.org/en/countries/colombia#> (15.05.2021).

⁷ Coordinación Colombia, Europa, Estados Unidos (2020): Duque también ataca la independencia de los organismos de control. URL: <https://coeuropa.org.co/duque-org-de-control/> (15.05.2021).

⁸ Portafolio (2021): La renta básica, la apuesta central del Comité del paro. URL: <https://www.portafolio.co/economia/la-renta-basica-la-apuesta-central-del-comite-del-paro-551773> (15.05.2021).

⁹ Temblores ONG (2021): URL: <https://twitter.com/TembloresOng/status/1392228137396752391/photo/1> (15.05.2021).

Gremien zum Schutz der Menschenrechte den Forderungen der Demonstranten angeschlossen haben, dringend einen Dialog einzuleiten, die Präsenz der Streitkräfte in den wichtigsten Städten einzuschränken und die Fälle von unverhältnismäßiger Gewaltanwendung durch die Anti-Riot Squad (ESMAD) zu klären. Sie fordert außerdem, dass der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) eine umfassende Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen durchführt, die nach Ansicht der Kläger einen Beweis für das Versäumnis und den mangelnden Aufklärungswillen der kolumbianischen Staatsbehörden sind.¹⁰

Als Gegengewicht zum offensichtlichen gesellschaftlichen Ausbruch haben die traditionellen Medien, also die für die öffentliche Meinungsbildung einflussreichsten Nachrichtensendungen, eine völlig andere Darstellung der Ereignisse aufrechterhalten. Einerseits haben sie ihre Aufmerksamkeit auf die Berichterstattung über Vandalismus und gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Demonstrierenden und Sicherheitskräften gerichtet. Dieses Szenario findet ein Echo in den sozialen Sektoren - vor allem in den höheren Schichten -, die von den Blockaden und Streiks stark betroffen sind. Obwohl der Diskurs auf dem Argument basiert, dass die Mobilisierung friedlich sein sollte, ist es erwähnenswert, dass einige Bereiche ihre Vision radikalisiert haben und das legitime Recht betonen, sich selbst zu verteidigen, auch bewaffnet. Das Ergebnis dieses Aufeinandertreffens der Narrative waren einerseits Gewalttaten gegen Demonstrierende, wie die von Lucas Villa in Pereira, und gegen soziale Minderheiten, wie die indigene Minga in Cali. Auf der anderen Seite die Bildung von rechtsextremen Untergruppen mit angeblichen Verbindungen zu Paramilitärs, die versuchen, die Mobilisierung zu zerschlagen. Das Institut für Entwicklungs- und Friedensstudien (Indepaz) prangerte die Anwesenheit von sowohl Polizei als auch Paramilitärs an, die als Zivilisten verkleidet in die Proteste eingedrungen sind, um die Demonstrierenden anzugreifen.¹¹

Schließlich, und ganz allgemein, führen diese Ungleichheiten zu einem Szenario der politischen Polarisierung inmitten einer sozialen Krise, die einen sofortigen Kompromiss verlangt. Dies erfordert jedoch eine Entspannung der Spannungen zwischen den beiden Extremen: den Demonstrierenden - die vereinzelt aggressiv und vandalistisch gehandelt haben - und den Bürger*innen, die eine harte Politik zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und der Reaktivierung der wirtschaftlichen Aktivitäten fordern, einschließlich der Anwendung von Mechanismen zur Unterdrückung von Protesten.

Die Rolle der nationalen Regierung im Dialog

Das Defizit der nationalen Regierung ist offensichtlich: Eine Regierung, die völlig abgekoppelt ist von der sozialen Realität, die die Mehrheit der Kolumbianer*innen plagt, kombiniert mit Mechanismen der Kooptation und korrupten Praktiken, haben eine tiefe Unzufriedenheit in der Bevölkerung ausgelöst. Auch die Unfähigkeit, sich ideologisch und politisch von dem vom ehemaligen Präsidenten Uribe geförderten rechtsextremen Sektor zu distanzieren, der Gewalt legitimiert und die Armee zum Einsatz ihrer Waffen aufruft¹², hat die begrenzte Fähigkeit gezeigt, einen breiten und inklusiven sozialen Dialog mit konkreten Lösungen zu etablieren. Dieses Versagen zeigt sich auch in den wenigen Sicherheitsgarantien für die am meisten gefährdeten und marginalisierten sozialen Sektoren. Während der aktuellen Regierung hat sich die Sicherheitslage ernsthaft verschlechtert, paradoxerweise sogar 4 Jahre nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens.

¹⁰ El Espectador (2021): Denuncian a Colombia ante la CPI por excesos de la Fuerza Pública en la protesta. URL: <https://www.elespectador.com/politica/denuncian-a-colombia-ante-la-cpi-por-excesos-de-la-fuerza-publica-en-la-protesta-articulo/> (15.05.2021).

¹¹ France24 (2021): Colombia: organizaciones de DD. HH. reportan la desaparición de 471 personas. URL: <https://www.france24.com/es/am%C3%A9rica-latina/20210507-colombia-protestas-desaparecidos-gobierno-cifras-disimiles> (15.05.2021).

¹² El País (2021): Álvaro Uribe llama al Ejército a que utilice las armas en las protestas en Colombia. URL: <https://elpais.com/internacional/2021-04-30/alvaro-uribe-llama-al-ejercito-a-que-utilice-las-armas-en-las-protestas-en-colombia.html> (15.05.2021).

Seitdem wurden mindestens 1.184 Morde an sozialen Führungspersonlichkeiten, Menschenrechtsverteidiger*innen und Ex-Kämpfer*innen der ehemaligen FARC verzeichnet.¹³

Kolumbien befindet sich derzeit in einer Krise der Demokratie. Teile des Kongresses, die Generalstaatsanwaltschaft, das Büro des Obersten Staatsanwalts und andere Gremien, die normalerweise als politisches Gegengewicht zur Regierungspartei und der Figur des Präsidenten dienen, sind derzeit loyal zu ihm. Ebenso befindet sich die Regierung in einer Legitimationskrise. Schon vor dem sozialen Ausbruch im April erreichte die Missbilligung des Präsidenten unter jungen Menschen in den wichtigsten Städten Kolumbiens 74%.¹⁴ Im Rahmen der Proteste haben sich dem Präsidenten nahestehende Parteien von ihm abgewandt (teilweise als Wahlkampfstrategie, da die Präsidentschaftswahlen 2022 bevorstehen). Darüber hinaus sind innerhalb weniger Tage seit dem 28. April der Finanzminister und die Außenministerin, zwei umstrittene Persönlichkeiten in Bezug auf ihren Umgang mit der Situation, zurückgetreten.

Die Regierung hat es versäumt, einen Teil der Verantwortung für die mehrfache Viktimisierung durch die Sicherheitskräfte zu übernehmen. Im Gegenteil hat sich darauf konzentriert, die Verantwortung für diese mörderischen Gewalttaten kriminellen Gruppen zuzuschreiben, wie den Dissidenten der ehemaligen FARC (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens), der ELN (Nationale Befreiungsarmee) und Gruppen des Drogenhandels.¹¹ Der politische Wille des Präsidenten und seines Kabinetts ist entscheidend, um transformative Vereinbarungen für das Volk zu erreichen, die über politische Verhandlungen mit den Oppositionsparteien oder einseitige Ankündigungen zur Beruhigung der Gemüter der Demonstranten hinausgehen. Die Anerkennung der Argumente und Forderungen des Volkes ist der erste Schritt zu präzisen Dialogen und einer öffentlichen Politik, die die soziale Realität des Landes verändern wird. Darüber hinaus ist dies von grundlegender Bedeutung, um Konfrontationen zwischen Bürger*innen zu beenden, die, wenn die Regierung keine Lösungen anbietet, individuell zur Verteidigung ihrer Überzeugungen handeln. Mit der Zeit verblasst das Warum und Wozu der Demonstrationen, und die Anführer*innen und Wortführer*innen innerhalb der Demonstrationen werden weniger sichtbar. Um diesen Kreislauf der Proteste, die das soziale Gefüge direkt betreffen, zu beenden, spielt der Journalismus auch eine wichtige Rolle dabei, die Menschen zu vereinen, anstatt sie in unvereinbare politische Spektren zu segmentieren.

¹³ France24 (2021): Colombia: 1.184 líderes sociales y excombatientes de las FARC asesinados desde 2016. URL: <https://www.france24.com/es/am%C3%A9rica-latina/20210420-colombia-asesinatos-lideres-sociales-exfarc-jep> (15.05.2021).

¹⁴ ABC Política (2021): Duque alcanzó el 74% de desaprobación entre los jóvenes del país. URL: <https://www.abcpolitica.com/duque-alcanzo-el-74-de-desaprobacion-entre-los-jovenes-del-pais> (15.05.2021).